

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

55 (6.3.1914) Erstes Blatt

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Postkassett 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/8 Uhr. Postfach Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Wuchsduderei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 16 Seiten.

### Zollpolitische Rüstungshefte.

Im preussischen Abgeordnetenhaus, wo das für das Reich aufgestellte Ideal der Sammlung aller nationalen Elemente längst schon Wirklichkeit geworden ist, haben sich am Dienstag und Mittwoch die wirtschaftspolitischen Rüstungspatrioten zu einer großen Aktion zusammengefunden. Es sind das ziemlich genau dieselben Leute, die auch bei den Rüstungsheften auf militärischem Gebiete in erster Reihe stehen. Heute schreiben sie: Schutz der nationalen Arbeit und morgen: Schutz der nationalen Ehre; heute Male meinen sie den Schutz ihres Profits und ihrer Nachstellung. In allen Fällen scheint ihnen auch der preussische Landtag die Stelle zu sein von der aus sich die berühmte Klüdenklärung der Reichsregierung am besten angehen läßt, da hier die Zahl der Zweifler und Mörger zu gering ist, als daß sie den Eindruck der väterlichen Stundgebung abzuwischen vermöchte.

In schönem Verein haben sich wieder einmal Konserervative, Freikonserervative, Zentrumsleute und Nationalliberale der agrarischen und industriellen Schutzinteressen angenommen und unter der fortgesetzten Versicherung, daß das Gesamtwohl des Deutschen Volkes ihr einziger Leitstern sei, den Reichstanzler und den Staatssekretär des Innern zu größerer Entschlossenheit in der Abwehr der vom Ausland drohenden handelspolitischen Gefahren ermahnt. Nur dadurch wurde ein kleiner Schatten auf das lichte Bild der Harmonie geworfen, daß der konservative Redner, Herr Soeich, sich mit Rücksicht auf die bevorstehende Nachwahl in Stendal veranlaßt sah, gegen seinen nationalliberalen Gegenkandidaten Fuhrmann zu polemisieren und die nationale Zuverlässigkeit dieses bekannten Revolutionärs in Zweifel zu ziehen. Aber auch dieser Angriff konnte der nationalliberalen Fraktion die Ehre nicht rauben, daß sie es war, die das Banner vorgetragen hatte, daß den andern nicht mehr viel übrig blieb als ihr zu folgen. Ausschließlich um den Schein zu wahren, stellten der freikonserervative Herr v. Redlich und der liberale Herr Serold einen Zusatzantrag zu dem Antrag Dr. v. Krause und Genossen, wonach bei der bevorstehenden Regelung der handelspolitischen Verhältnisse die deutschen wirtschaftlichen Interessen nicht nur wie die Nationalliberalen sagten, wirksam, sondern auch „auf Grund der bisherigen Wirtschaftspolitik“ geschützt werden sollten.

Mit diesem Amendement konnten die Einbringer des ursprünglichen Antrags um so mehr einverstanden sein, als es nur aussprach, was sie selbst für absolut selbstverständlich hielten. Es ging ihnen ja darum die Reichsregierung zu veranlassen, den Zolltarif mit Rücksicht auf die bevorstehende Kündigung der Handelsverträge durch Rußland und Oesterreich-Ungarn einer Revision im Sinne des Großgrundbesitzes und der schwächeren Industrie zu unterziehen, und daß der nationalliberale Wortführer Dr. v. Reuter diese löbliche Absicht mit aller würdevollen Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht hat, konnte ihm nicht besser beifolgt werden, als durch die Ausführungen des Abg. Soeich, der von der „herzerfreuetenden, großzügigen Weise“ sprach, in der sein Vordredner zu den Handelsverträgen Stellung genommen habe. Soviel Weibrauch ist den Nationalliberalen von den Konservativen lange nicht gestreut worden, und wenn man bei den Beumer, Friedberg und Genossen noch ein Fünkchen von Liberalismus voraussetzen dürfte so müßte man zu der Meinung kommen, daß solche Lobeserhebungen von Seiten eines Konservativen bei ihnen doch starke Bedenken über die Wichtigkeit ihrer Politik erwecken müßten.

Aber die parlamentarische Vertretung des Zentralverbandes deutscher Industrieller, die als nationalliberale Fraktion firmiert ist sich ja in der Tat in den Fragen der Handelspolitik so gut wie einig. Sie verlangt wie diese die Verstärkung unserer Zollrüstungen will sagen, die Erhöhung und Erhöhung der gegenwärtigen Tarife mit der Motivierung, daß es nur auf diese Weise möglich sei, die Ansprüche des Auslands herabzudrücken und zu einigermaßen günstigen Verträgen zu gelangen.

Der Vergleich des Zolltarifs mit einer Rüstung ist bei den zollpolitischen Kämpfen in der Bülow-Rosadomskischen Zeit aufgekommen. Es hieß, daß wir, je höher unsere Zölle seien, dem Auslande umso besser imponieren und von ihm umso größere Zugeständnisse herauszuschlagen könnten. Die Praxis hat das Gegenteil bewiesen. Das Ausland erhöhte seine Zölle ebenfalls. Man stand sich bis an die Zähne bewaffnet gegenüber und die Rüstungen beschwerten mehr als daß sie schützten und Deutschland insbesondere erwachsen aus ihnen keinerlei Vorteile. Bald nachdem die neuen Handelsverträge in Kraft getreten waren, erhob aber die schwächere Industrie schon ein großes Geschrei über die Ungunst der neuen Abmachungen und gerade Herr Beumer war es, der bei verschiedenen Gelegenheiten jammerte, daß die Spezialisierung des Tarifes noch nicht weit genug gehe und daß man vor der „Ueberflutung“ mit

ausländischen Industrieprodukten noch immer nicht genügend geschützt sei. Diese Lücken sollen jetzt ausgefüllt werden. Man ist bereit den Agrariern gefällig zu sein, wofür diese mit Gegenleistungen zugunsten der Industriebarone nicht zagen werden. Das mit den Rüstungen für die Handelsverträge ist ein großer Schwindel. Beiden Gruppen stehen die Verträge sehr in zweiter Linie, und sie haben vor allem den Wunsch, die Mauer zu erhöhen, durch die die fremde Konkurrenz fern gehalten werden soll.

Nun können natürlich die Zolltarifpositionen bei den Verhandlungen über Handelsverträge herabgesetzt werden. Aber je höher die Zölle im autonomen Tarif sind und je mehr sie spezialisiert werden, um so größer ist die Aussicht, daß auch wenn Verträge zustande kommen, noch immer ein erhöhter Schutz für die Landwirtschaft und die Industrie gesichert wird. Deshalb geht es in erster Linie darum an, die Regierung aus der Passivität zu der sich Delbrück im Reichstag bekannt hatte, herauszudrängen und sie zum Ergreifen einer Initiative zu nötigen.

Der preussische Handelsminister hat den Antragstellern sehr entgegenkommende Erklärungen gegeben. Herr Delbrück hat nicht gemeint, daß man unter allen Umständen an dem alten Zolltarif festhalten werde. Er habe das Ausland zur Kündigung über, dann werde die Frage einer Zolltarifnovelle brennend, die die „Rüstungsmittel“ für den Abschluß neuer Verträge verstärke.

Mit dieser Versicherung können die verbündeten Schutzkämpfer zunächst zufrieden sein. Aber um es offen zu stehen, auch uns Sozialdemokraten ist diese Ankündigung willkommen. Bringt die Regierung eine Zolltarifnovelle ein, so wird das außerordentlich viel dazu beitragen den Kampf gegen die Zollausbeutungspolitik zu beleben. Es ist nun einmal so, daß es schwerer fällt, Begeisterung zu entfachen, um ein bestehendes Uebel zu beseitigen, als um ein drohendes abzuwehren. Würden die Handelsverträge nicht gekündigt, und liefen sie auf der Basis des alten Tarifes weiter, so bestände die Gefahr, daß die unter dem Druck der Teuerung stehende Arbeiterschaft nicht jenen Elan aufbrächte, der zu einem erfolgreichen Kampf gegen die Zollmücherei notwendig ist. Geht der Uebermut der Gegner so weit, daß sie Vorbereitungen treffen, um zu den alten Lasten neue zu häufen, so steht für die Masse des Volkes nicht nur die Novelle zum Zolltarif, sondern die gesamte Zollpolitik zur Debatte und wir dürfen hoffen, daß der Feldzug dann einen anderen Ausgang nimmt als die Freunde der nationalen Ausbeutung im preussischen Abgeordnetenhaus heute erwarten.

In der roten Woche auf jeden Abonnenten des „Volksfreund“ ein neuer Leser!

### Deutsche Politik.

#### Verdächtige Milde der Militärbehörde.

Wie das Wolffsche Bureau der Welt verkündet, hat das Straßburger Generalkommando den Strafantrag gegen die Redakteure der Straßburger „Neuen Zeitung“ und des „Eisener“ wegen Beleidigung des Leutnants v. Forstner zurückgezogen. Anlaß zu dem Strafantrag gab die Behauptung der genannten Zeitungen, Forstner hätte die französische Fahne beschimpft. Vom Generalkommando wird nun die Zurückziehung der Strafanträge wie folgt begründet:

„Das Generalkommando ist nach wie vor der Ueberzeugung, daß der genannte Offizier, der die Äußerungen selbst aufs entschiedenste bestritt, diese in dem behaupteten Sinne nicht getan habe, hat sich aber trotzdem zur Zurücknahme des Strafantrages entschlossen. Es hat sich von der Erwägung leiten lassen, daß die Ausführungen des Offiziers in der fraglichen Instruktionsstunde Redewendungen enthalten haben, welche zu Mißdeutungen haben Anlaß bieten können, und daß die beschuldigten Redakteure sich in gutem Glauben befunden haben.“

Bisher hat man noch nie erlebt, daß die Militärbehörde in Beleidigungsklagen den verklagten Redakteuren den „guten Glauben“ zugestimmt hätte. Wenn es jetzt geschieht, und noch dazu in Elsaß-Lothringen nach dem Siege des Militarismus in der Reutter-Affäre, müssen ganz besondere Gründe eine Behandlung der heiklen Frage vor Gericht als nicht wünschenswert erscheinen lassen.

#### Der Duellmord von Metz.

Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ soll die Frau des im Duell gefallenen Leutnants Saage an dem tragischen Tod ihres Gatten in keiner Weise schuldig sein. Nach offiziöser Nachricht waren es aber doch gewisse Vorkommnisse zwischen dem Leutnant La Balette und Frau Saage, die den Anlaß zur Duellforderung des Gemanns bildeten. Man kann danach nur annehmen, daß der Leutnant La Balette in irgend einer Weise der Ehre der schuldlosen Frau Saage zu nahe trat, und daß ihr Mann sodann, durch den Spruch des Ehrengerichts gezwungen wurde, den Beleidiger vor die Pistole zu fordern. Der Fall wäre danach noch viel ungeheurer, als nach der offiziösen Meldung angenommen wurde. In der Geschichte der militärischen Duellmorde ist es nicht ungewöhnlich, daß irgend eine in der Trunkenheit verübte Mißspiel mit dem Blute dessen abgewaschen wird, an dem oder an dessen Angehörigen diese Mißspiel begangen worden ist. Die in ihrer Ehre gekränkte Familie wird ins Unglück gestürzt, der leichtfertige Beleidiger und Duellmörder bleibt aber, nachdem er sein bißchen Festungshaft abgesehen, immer noch würdig, den Stod des Königs zu tragen.

Bei der bevorstehenden Interpellationsdebatte im Reichstag wird der Kriegsminister keinen leichten Stand haben. Zum zweitenmale fällt ihm die Aufgabe zu, den Militarismus zu verteidigen, der die Autorität der Gesetzgebung mißachtet. Zum zweitenmale bietet sich dem Reichstag die Gelegenheit, durch einen entschlossenen Willensakt zu zeigen, daß die Gesetzgebung in deutschen Reiche nicht dazu da sind, um vom Militär systematisch übertreten zu werden. Aber daß er diese Gelegenheit auch richtig benutzen wird — wer wäre Optimist genug, nach dem kläglichen Ausgange der Zabernaffäre dies noch zu erwarten?

#### Neue Auflage christlicher Gewerkschaftsprozesse.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ rechtfertigt die Zurückziehung der Verurteilung durch die Christlichen im Kölner Gewerkschaftsprozess. Es erklärt: Das christliche Gewerkschaftsführer damals lediglich aus juristisch-technischen Gründen Verurteilung gegen das Urteil im Kölner Gewerkschaftsprozess eingelegt haben, weil durch Abwesenheit des Vertreters der beklagten Redakteure das Urteil für diese erst acht Tage nach der Zustellung Rechtskraft erlangte, während für die Beleidiger das Urteil acht Tage nach Verkündung rechtskräftig wurde. Wenn nun auch so erklärt das Blatt, der Gewerkschaftsprozess die Gerichte nicht noch einmal beschäftigt werde aber wegen neuerer Beleidigungen im Anschlusse an diesen Prozess gegen mehrere sozialdemokratische Blätter erneut Verurteilungsklage angestrengt werden.

Die sozialdemokratischen Redakteure sehen diesen Klagen sicher mit großer Ruhe getragen.

#### Kardinal Ropp.

Die Besetzung des Bischofs von Breslau. Der „Berliner Lokalanzeiger“ bringt über Ropp folgende Äußerung eine „Persönlichkeit, die viele Jahre an hoher staatlicher Stelle und in kritischen Momenten dem nun entschlafenen Kirchenfürsten gegenüberstand“. „Um die Stellung zu begreifen, die Kardinal Ropp zur preussischen Regierung einnahm, muß man zunächst die Strömungen in Betracht ziehen, die bezüglich der deutschen Katholiken den Vatikan beherrschten. Rom hat nie vergessen, daß Deutschland die Wiege der Reformation war. So nehmen seine Bewohner katholischen Glaubens eine Sonderstellung für den Papst ein und da die hervorragenden Männer des Vatikan fast ausnahmslos Nationen entstammen, die von freundschaftlichen Empfindungen sich frei wissen, haben diese Schwierigkeiten seither keine Milderung erfahren.“

Diese Atmosphäre umgibt also die Stelle, von der aus Kardinal Ropp seine Direktiven empfing. Zur objektiven Würdigung der Haltung, die der Kardinal der Regierung gegenüber beobachtete, mußte ich dies voraussagen. Aber um so höher ist es einzuschätzen, daß das Urteil im preussischen Staatsministerium nur lauten kann: Ropp war ein loyaler Mann, der die Interessen seiner Kirche mit seinem unlegbar preussisch-deutschen Empfinden zu vereinen bestrebt war. In dem Fall des Bischofs Storun stellte er sich gegen Rom auf die Seite der von der Regierung vertretenen Anschauung und setzte es durch, daß diese Anschauungen zum Siege gelangten. Zuletzt hat ihn nur seine persönliche Freundschaft mit dem Grafen Dypersdorff in den unter den katholischen Arbeitern entbrannten Kampf hineingebracht. Das ist zu beklagen, denn Ropp war eine vornehme, edle Natur, und eine solche pflegt Streit und Hader nicht zu suchen, ohne sich dabei vor einem Kampf für eine als gerecht erkannte Sache zu fürchten. Es konnte nicht ausbleiben, daß in ihm der loyale Deutsche mit dem treuen Sohn seiner Kirche und dem römischen Kardinal in Konflikt geriet.

Die „Nordd. Allg. Btg.“ sagt in ihrem Nachruf: „... Umfassende Kenntnisse, ein hohes Verständnis für die Probleme, die an ihn herantraten und eine einseitig-bolle Erfassung der Umstände, unter denen er zu wirken berufen war, verliehen ihm die Fähigkeit, zwischen den

verschiedenen Mächten des öffentlichen Lebens ebenso wie zwischen Katholiken und Evangelischen sich vermittelnd zu betätigen. So hat er im Laufe seiner langjährigen Wirksamkeit in hohen kirchlichen Ämtern wiederholt Gelegenheit gefunden, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche im Sinne der Versöhnlichkeit zu beeinflussen und dem konfessionellen Frieden in Deutschland im allgemeinen und in Schlesien im besonderen zu dienen. . . .

Badischer Landtag.

In der gestrigen Sitzung wurde die allgemeine Beratung des Justizetat's erledigt. Im Laufe der Sitzung wurde die Verteidigung des neueingetretenen Abgeordneten Muser vorgenommen. Zum Justizetat trugen die Abgeordneten Dr. Bernauer, Benedek und Dr. Zehner noch eine Reihe Wünsche und Anregungen vor. Namens unserer Fraktion behandelte Genosse Böttger in sachlicher Weise eine Reihe von Forderungen, die wir an das Rechtswesen stellen. Ministerialdirektor Hübsch ging in seinen Darlegungen auf die verschiedenen Anregungen ein denen er möglichste Berücksichtigung zusagte.

\*

41. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Nobbe eröffnet die Sitzung um 9.20 Uhr. Am Regierungstisch: Minister Dusch und Kommissäre. Eingänge: Schreiben des Sr. Ministeriums der Finanzen mit der Nachweisung über den Fortgang des Eisenbahnbau's in den Jahren 1912 und 1913 und den hier für aus den Mitteln der Eisenbahnschuldentilgungskasse bestrittenen Aufwand.

Justizverwaltung und Strafsanktionen.

Abg. Dr. Bernauer (Zentr.): Es freut mich, daß unsere Justiz wenig zu Klagen Anlaß gab. Es gab bereits früher schon Arbeiter als Schöffen. Diese haben jedoch um Verehrung von diesem Amte, da sie hierdurch wirtschaftliche Nachteile befürchten. Das Gesetz über die Entschädigung von Schöffen und Geschworenen ist zu begrüßen. Infolge der Gehaltsverhältnisse ist es nötig, daß unsere Assessoren privates Vermögen besitzen. Es gibt unter den Juristen manche, die von vielen Dingen unseres Lebens keine Ahnung haben. Auch die Vorbildung der Juristen am Gymnasium vermittelt ihnen nicht das nötige Wissen. Eine richtige Verbindung von humanistischer Bildung und realen Kenntnissen wäre das richtige. In den Anfang des Studiums sollte man nicht das römische Recht, sondern die Praxis lehren. Eine gründliche Aenderung der ganzen Vorbildung unseres juristischen Nachwuchses müßte daher durchgeführt werden. Ob die Durchführung des numerus clausus das richtige ist, möchte ich bezweifeln. Die Errichtung einer Justizprüfungscommission halte ich nicht für praktisch durchführbar, da die Anforderungen zu verschiedenartig sind. Das Bewerbungsverfahren um freierwerbende Richterstellen, wie es der Staatsminister darlegte, bedeutet einen wertvollen Ersatz für die Wünsche der Richter. Im Falle Stritt hätte man versuchen sollen, durch eine andere Erledigung dieses Posten zu vermeiden. Die Prozesse der Landgerichte haben sich im Jahre 1910 vermindert; im Jahre 1913 ist jedoch wieder eine Steigerung eingetreten. Das Oberlandesgericht ist überlastet. Es ist nicht zu befürworten, daß an Richterstellen geparkt wird. Nicht bloß die Kriminalpolizei, sondern auch die Genbarmerie geht gewissermaßen vor. Die Gemeindegerechtigkeiten sind ein Vorzug, den wir gegen Norddeutschland haben. In den oberen Instanzen insbesondere spielt es eine große Rolle, wenn ein Anwalt vorhanden ist, der das Vertrauen der Parteien besitzt. Denn das Recht hat derjenige auf seiner Seite, der es beweisen kann. Beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht darf man gar keinen Anwalt haben, was viele Mißstände hat. Dies zeigt am besten, wohin die Bestrebungen gegen den Anwaltszwang führen. Das Gesetz über die G. m. b. H., das s. B. gut gewirkt hat, dient heute dazu, den Leuten Sand in die Augen zu streuen.

Präsident Nobbe nimmt die Verteidigung des heute neueingetretenen Abgeordneten Muser (Z. Wp.) vor.

Abg. Benedek (N. Wp.) freut sich, daß im diesmaligen Justizetat verschiedene Wünsche der Stadt Konstanz erfüllt würden. Das Gesetz über den Sacharinsmuggel hat seine großen Schattenseiten und kann leicht nicht ganz sichere Leute insanken bringen. Eine Aenderung des Gesetzes ist nötig. Der Sacharinsmuggel hat in letzter Zeit immer größere Dimensionen angenommen. Der Geschäftshand des Landgerichts Konstanz hat sich in den letzten Jahren stark gehoben. Es kommt in heutiger Zeit oft vor, daß der kleine Mann wegen

einer Kleinigkeit hängen bleibt, während andere Leute aus höheren Kreisen bei großen Vergehren strafflos bleiben. Der arme Teufel wird wegen einer kleinen Bedröckerei gestraft, der Großindustrielle und die großen Syndikate bleiben straffrei, wenn sie Staat und Volk um Millionen bringen. Dies verletzt das Rechtsbewußtsein des Volkes. In der Verhängung der Untersuchungshaft geht man hier und da zu weit. Es sollte nicht vorkommen, daß man eine Frau 8 Wochen nach ihrer Niederkunft ins Gefängnis steckt. Ob es nötig ist, daß Leute, wenn sie z. B. 6 Wochen ins Gefängnis kommen, Religionsunterricht und auch noch Unterricht im Kirchengesang erhalten, möchte ich bezweifeln. Man sollte den zu entlassenden Sträflingen nicht durch äußere Kennzeichen den Wiedereintritt in die Gesellschaft erschweren. Unverständlich ist mir, daß bei älteren Beamten noch Führungsgenehmisse ausgestellt werden. Das Vertrauen zur Rechtspflege ist notwendig. Aus diesem Grunde möchte ich vor der übermäßigen Beteiligung der Richter am politischen Leben warnen.

Abg. Böttger (Soz.):

Ich will mich nur darauf beschränken, einige Fragen allgemeiner Natur zu behandeln. Mein Freund Franke hat bereits auf die Notwendigkeit einer Reform des

Lohnbestimmungsmaßes

hingewiesen. Es freut mich, daß sich verschiedene Redner in ähnlichem Sinne geäußert haben und daß auch die Regierung diesem Punkte Aufmerksamkeit widmete. Diese Frage nahm auf der letzten Tagung der Gewerbegerichtsvertreter einen weiten Raum ein und sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer waren der Ansicht, daß eine Aenderung nötig ist. Seit Schaffung des Gesetzes im Jahre 1869 haben sich die Lebensverhältnisse völlig geändert. Das Lohnminimum von 1600 Mark genügt nicht mehr. Die erwähnte Tagung hat sich daher darauf geeinigt, daß mindestens 2000 Mk. als Lohnminimum anzuwenden ist. Die Prozedur der Richter geht in dieser Frage heute sehr auseinander, so daß allerlei Auslegungen entstanden. Es ist dringend zu wünschen, daß hier unseren Wünschen Rechnung getragen wird. Das

badische Gesinderecht

und die Rechtsverhältnisse der Diensthöten verdienen Beachtung. Die Bestimmungen hierüber beruhen auf dem Gesetz von 1898, die teilweise einem Edikt vom Jahre 1809 entstammen. Sie sind deshalb völlig veraltet. Die heutigen Verhältnisse der Diensthöten und des Gesindes sind andere als früher. Das alte patriarchalische Verhältnis hat aufgehört. Eine Aenderung tut daher dringend not. Dem Gemeindevorstand in dem Gesetz von 1898 das Recht gewährt, sich in einzelnen Fragen der Bestimmungen über das Gesinde einzumischen und Ausnahmen zu gewähren. Es wurde nur in seltenen Fällen hiervon Gebrauch gemacht und es ist zu wünschen, daß dieses Recht auf Ausnahmebestimmung völlig aus dem Gesetz herausgenommen wird. Nach dem Gesetz ist der Dienstherr berechtigt, Schäden, die durch das Gesinde bewirkt wurden, ohne weiteres an Gehalt aufzurechnen. Während nach der Gewerbeordnung dieses nicht statthaft ist, ist es im Gesindegesetz gestattet. Hier sollte der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern das gleiche Recht wie den anderen Berufen eingeräumt werden. Weiter ist eine Befreiung der Bestimmungen nötig, daß die Diensthöten in manchen Fällen berechtigt ist, die Kleider der Diensthöten nicht herauszugeben, wodurch diese schwer geschädigt werden. Ich freue mich, daß der Minister sagte, daß die Regierung in Bezug auf die

bedingte Wagnadigung

ein weites Herz hat. Ich habe in meiner Praxis hierüber viele Erfahrungen gemacht. Ich muß jedoch bedauern, daß Arbeitern, die sich in den § 169 der Gewerbeordnung versinnen, die bedingte Wagnadigung nicht zuteil wird. Es wurde gefordert darauf hingewiesen, daß unsere Gesetze viele Lücken aufweisen. So kann manche Frau zu Kindesmord verleitet werden, ohne daß man den eigentlichen Urheber fassen kann. Gerade in Bezug auf

uneheliche Väter

kommen sehr viele Dinge vor, die sich gesetzlich nicht fassen lassen. Vielfach wird versucht, durch allerlei Machinationen sich von dem Gerichtsweg zu ziehen. Auf Befragen wurde mir in verschiedenen Fällen mitgeteilt, daß hier die gesetzlichen Bestimmungen nicht ausreichen. In Sachen wird in dieser Hinsicht weitergegangen und ich möchte die Regierung bitten, ihr Augenmerk auf den § 201 c zu wenden, damit eine Befreiung erzielt wird. Wenn die Rechtsanwältin bei den Gewerbegerichten ausgeschlossen werden, so halte ich es für kein Unglück. Früher wurden nämlich hierdurch viele Prozesse künstlich verschleppt und dadurch die Kosten erhöht. Keiner, der außerhalb des Sitzes eines Gewerbegerichts wohnt, entbehrt einer Vertretung am Orte des Gewerbegerichts, da alle Parteien gemeinnützige Rechtsauskunftstellen

haben. Bei einzelnen Fällen haben wir sehr wohl über eine Klassenjustiz

zu klagen. Die horrenden Strafen beim Friedrichsfelder Urteil, die erst vom Reichsgericht gemildert wurden, sowie viele Schöffengerichtsurteile berechtigen mich jenen Vorwurf, daß auch bei manchen badischen Richtern ein Teil des Geistes der preussischen Kultur vorhanden sei. Wenn jedoch dieser Geist verschwindet, so soll es gerade uns am meisten freuen, da uns ein geordnetes Rechtsleben am Herzen liegt. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Zehner (Zentr.): Ich möchte es für fraglich halten, ob es im Interesse der Gewerbetreibenden liegt, das unpfändbare Einkommen zu sehr hinaufzurücken. Herr Böttger hat an einen Faktor nicht gedacht: an die Gläubiger. Herr Böttger scheint mir Norddeutscher zu sein. (Zuruf: Sachs.) Es kommt mir vor, daß er sich bei Besprechung des Dienstbotenrechts von norddeutschen Verhältnissen hat beeinflussen lassen. In manchen Fällen könnte die Untersuchungshaft unterbleiben. Beim Briefverkehr mit den Gefangenen bestehen Schwierigkeiten. Ich habe noch nie herausgefunden, warum der Richter in vielen Fällen die Briefe der Gefangenen kontrollieren muß. Hier könnte eine Vereinfachung erzielt werden. Für die Gerichte fehlt ein Hilfsorgan, um kleinere Erhebungen machen zu können. Die Klagen über die Anordnung von Terminen sind nicht aus der Welt zu schaffen. Ich bezweifle, daß die deutschen Richter weltfremd sind. Ein Mangel mag sein, daß man die Juristen zu sehr mit Doctrinaltheorien und Theorien beschäftigt. Heute sind jedoch die Verhältnisse andere. Die jungen Juristen werden auf die Vorgänge des praktischen Lebens aufmerksam gemacht.

Abg. Wiedemann (Zentr.): Für die Zustimmung der Verhältnisse in Bruchsal während des Abgangs des Oberbürgermeisters Stritt waren politische Gründe nicht bestimmend.

Ministerialdirektor Hübsch: Der numerus clausus wurde, wenigstens soweit man diesen sonst versteht, bei uns nicht politisiert. Wenn ein Nichtbegabter nicht frühzeitig einsteigt, daß er für den höheren Staatsdienst nicht geeignet ist, so können wir nichts dafür. In letzter Zeit werden sich übrigens gerade Begabte der Anwaltschaft zu. Das Einkommen der nichtamtlichen Assessoren hat sich verbessert. Soweit es möglich ist, die deliktischen Verhältnisse beim Antritte der Juristen zu verbessern, wird die Regierung ihr Augenmerk darauf richten. Es ist nicht richtig, daß sich eine Anzahl älterer Herren um den Posten eines Landgerichtsrates in Karlsruhe beworben haben. Es ist gut, wenn die höheren richterlichen Beamten nicht nur juristische Erfahrung, sondern auch verwaltungsmäßiges Wissen und Menschenkenntnis haben. Der Antrag des Abg. Bernauer bezüglich der Grundbuchhilfsbeamten scheint mir geeignet zur Lösung der Frage der Besetzung der Grundbücher von den Gemeinden und zur Angleichung an die Amtsgerichte. Klagen, daß sich Gefangene am Religionsunterricht und am Kirchengesang beteiligen müßten, sind uns nicht bekannt geworden. Dagegen kam es schon öfter vor, daß Gefangene den Wunsch äußerten, sich beteiligen zu dürfen. Wenn die Voraussetzungen für den bedingten Strafausschub gegeben sind, so tritt er auch bei Arbeitern ein. Hinsichtlich der Dienstbotenfrage würden wir in vielen Kreisen auf Widerstand stoßen, wenn wir das heutige Verhältnis aufheben würden. Wir sind daher die Verhältnisse der Lohnarbeiter nicht zu Grunde legen. Dem § 201 c werden wir in der Folge Beachtung schenken, um die Väter unehelicher Kinder zur Erfüllung ihrer Pflichten zu zwingen. Ueber das Friedrichsfelder Urteil wird der Oberstaatsanwalt noch sprechen. Im allgemeinen stehen die Urteile im Einklang mit den Vergehren. Die Lohnkämpfe lassen sich auch ohne Gesetzesverletzungen durchführen und ich hoffe, daß sie gelingen wird. Den Briefverkehr in den Gefängnissen muß man in vielen Fällen dem Ermessen des leitenden Richters überlassen. Es wäre sehr erwünscht, wenn sich die Herren, die sich der Rechtsanwaltschaft widmen wollen, in entsprechendem Maße mit der Praxis befaßen würden.

Abg. Hüfner (Soz.): Es sollte verboten werden, Anwälte am Gemeindegerecht zu verwenden. Die starke Vermehrung der Anwälte ist von Schaden. Es sollten nicht alle Juristen als Anwälte zugelassen werden, da man tüchtige Anwälte braucht.

Abg. Martin (Zentr.) äußert sich zur Frage der Gemeindegereichte.

Abg. Böttger (Soz.): Ich habe nicht der Loslösung des Gesindes von der Herrschaft das Wort reden wollen. Ich wollte nur eine Gleichstellung des Gesindes mit anderen Berufen vor dem Gesetz. Ich gebe zu, daß unsere badische Gesindeordnung turmhoch über dem preussischen Gesindegesetz steht, was ich auch z. B. bei der Berliner Tagung betonte. Aber trotzdem sind noch eine Reihe Verbesserungen nötig. Während bei den Arbeitern der Unternehmer sich nicht am Lohn schädlos halten darf, ist dies gegenüber dem Gesinde gefaltet. Da verlangen wir glück-

Tantchen Rosmarin,

oder: Alles verkehrt. Humoreske von Heinrich Haffke. (Fortsetzung.)

Da überließ er sich seinem Schicksal und dem Hofse, an das er mit Händen und Füßen festgeklammert hing, und welches nun im Galopp davon jagte, daß ihm Hören und Sehen verging. „Aus tiefer Not schrei ich zu dir!“ seufzte er: „Das ist der eingefleischte Satan! Gätte ich den Dämon stehen lassen, wo er war, o wie wohl wäre mir!“

Indem ereignete sich, daß der Weg durch ein Gatter verperrt war von den Bauern, dem weidenden Vieh zu Ehren.

„De Deum laudamus!“ rief der Herr Pfarrer: „hier muß also doch Halt gemacht werden.“ Allein das Rosß slog wie geflügelt mit einem Satz darüber hinweg, daß dem Reiter die Haare zu Berge standen, und sein Hut nebst der Perücke im gerechten Entleeren entflohen. „Ihr habt noch schlechter reiten gelernt, als ich; wenigstens sihe ich noch fest!“ sagte der gute Geistliche mit christlicher Gelassenheit zu den Abgefallenen, und sah sich nur nicht nach ihnen um.

„Wohin denn, in Gottes Namen, wo will die Bestie hin? Geht's so noch zweimal vierundzwanzig Stunden fort, habe ich den Ritt um die ganze Erdrugel vollbracht, und komme ich wieder auf der anderen Seite bei Niederfahren zum Vorschein.“ Indem er dies gedacht, ging der Flug gegen eine Brücke. Der Pfarrer, in Besorgnis, das Pferd möchte in blinder Wut die Brücke verfehlen und in den Fluß mit ihm springen, zapfte mit den Fingern den Zügel seitwärts nach der Brücke. Aber er zapfte zu lange; das seltsame Tier ließ die Brücke daher rechts liegen und ging ins Wasser. Den Pfarrer wandelte beinahe ein Ohnmacht an, als er sich zwischen Himmel und Wasser sah, und die Wellen durch die schwarzen Strümpfe, bald darauf durch die samtigen Beinkleider eindringen fühlte. bis sie sein Hüfte umhüllten.

Das Pferd, ein vortrefflicher Schwimmer, erreichte inzwischen glücklich das andere Ufer, fand die Landstraße wie-

der, und setzte im Trab die Reise eifertig fort, bis zum Schlosse Malzen, wo es mit dem Pfarrer freudig in den offenen Herdstall hineinschoß, und vor der geliebten Krippe mit dem Reiter still hielt.

Die Knechte im Schloßhof, welche dem Reiter zum Stall nachgelaufen waren, halsen ihm vom Rücken des Gauls, und fragten besorgt, wie er zum Pferde des Herrn Barons gekommen sei?

Saulus wird zum Paulus.

Eine unennbare anmutige Empfindung bemächtigte sich des vielgeprüften Geistlichen, als er wieder festes Land unter seinen Sohlen fühlte. Zwar entperückt und enthutet, und die untere Hälfte des Leibes von Wasser triefend, fern von der Heimat, die späte Nacht vor sich, und auf Grund und Boden des Erbfeindes von Niederfahren — das waren allerdings Umstände, die keineswegs erfreulich genannt werden konnten; allein das Leben war doch einstweilen gerettet.

Während die Knechte noch den atemlosen Herrn mit ihren Fragen bestürmten, erschien des Barons Verwalter und nötigte ihn gast- und menschenfreundlich ins Schloß. Und da man ihm auf sein Bittge versprach, einen Wagen zu schaffen, der ihn nach Niederfahren zurückbringen sollte ließ er sich gefallen, einzufahren bis zur Mitternacht. — Inzwischen verfloßen fast zwei Stunden; es erschien kein Wagen, und der Pfarrer fing an Verdacht zu schöpfen, man behandle ihn als Gefangenen, wegen der Entführung des Pferdes, wiewohl er vielmals versichert hatte, das Pferd habe ihn entführt, da er es aus Mitleiden befreite. Nach langer Ueberlegung beschloß er die Flucht zu nehmen. Er stand auf, und war im Begriff, die Türe zu öffnen, als der Baron Kombejus von Malzen hereintrat, der auf seines Jägers Pferd angekommen war, während der verzweifelte Jäger das entlaufene Rosß des Barons in Ober- und Niederfahren zu suchen hatte.

Der Baron, sobald er den würdigen Heint seiner Gemahlin erkannte — die Geschichte von der Ankunft des Pferdes mit einem perückenlosen, nassen Geistlichen hatte

er schon im Schloßhof vernommen — führte ihn sogleich in ein besseres Zimmer, ließ trockne Kleider und Wäsche herbeibringen, und dem Herrn Pfarrer Zeit zum Umkleiden. Dann aber war keine Rede mehr vom Heimreisen in der Nacht. Der Baron ließ es sich nicht nehmen, fertige Nahrung auf dem Haupte eines seiner Bedienten zu sammeln, ihn sitzend zu bewirten und mit Artigkeiten zu überhäufen.

Susdens Oheim von der Güte des Barons überrascht, fühlte sich bald hinter den dampfenden Bratenhäufeln und Burgunderflasken beglückt. Doch war ihm, so fest er auch auf dem weichgepolsterten Lehnstuhl saß, den ganzen Abend zu Mut, als hätte er, wie er sich ausdrückte, „die höllische Bestie“ zwischen den Beinen.

„Indessen weiß ich der guten Bestie nicht Dank genug,“ sagte der Baron, „daß sie mir den Oheim meinem geliebten Gemahlin zugeführt hat. Längst schon wünschte ich mir die Ehre Ihrer Bekanntschaft um Ihre Vermittlung anzuflehen. Ich bete mein Gemahlin an, und man will mich von ihr scheiden. Meine Gemahlin hat mir verziehen — noch mehr, sie liebt mich — sie will keine Trennung, und doch . . .“

„Liebt Sie? will keine Trennung?“ rief der Herr Pfarrer, und schüttelte den Kopf, welchen des Barons schöne Baumwollenmütze bedeckte.

„Wollen Sie Vernunft?“ sagte der Baron. „Ja, ich kann offen gegen unsere lieben Oheim sein. Er soll alles wissen. Solche Stunde entscheidet über das Glück eines ganzen Lebens.“ Damit ging er und holte Susdenss Oheim.

Der Herr Pfarrer hatte in seinem dankbaren Herzen schon längst mit dem edlen Gastfreunde Frieden geschlossen und ihn sogar liebgewonnen. Denn der Baron war so schonend gewesen, ihn nicht einmal um die Ursache zu fragen, weswegen er sich des Pferdes bemächtigt; er war so gültig, so angenehm unterhaltend, so herzlich, daß man nicht anders konnte, als ihn lieben. Man war bei ihm wie daheim. Man hatte ihm eigentlich vorher nur den Krieg gemacht als Mitter von Tantchen Rosmarin

des Rechts... die... anlassung... n a l l i b... schreib:... 3. März... chen. G... gebroch... Bundesg... Und... seiner... eriger... Er las e... amete i... Tante u... Gerü... die Gan... meine S... den. S... nichts... alimpfl... sie hat... war bist... licher R... beginnen... Der... moderen... Freitag... Reiter... nach... Sonntag... 3. März... Sonntag... Montag... Spiel... 1/10



Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. März.

Am Bundesratstag Staatssekretär Kräfte und Staatssekretär Kühn.

Präsident Dr. Kämpf eröffnet 1 Uhr 20 Min. die Sitzung. Eingegangen ist eine Novelle zur Gewerbeordnung - Kinematographengesetz.

Abg. Werner-Bersfeld (Wirtsch. Vgg.): Die mittleren Beamten im Dienste des Reichspostamts fühlen sich dadurch benachteiligt, daß sie, obwohl sie hervorragende Dienste zu leisten haben, nicht die entsprechende Stellung finden können.

Abg. Schlee (natl.): Es ist nicht richtig, daß die Ostmarkenzulage eine politische Tendenz hat und antipolnischen Zwecken dient.

Abg. Graf Westarp (Konf.): Wenn im vorigen Jahre auch die Aufbesserung der Postassistenten und Unterbeamten beschlossen worden ist, so darf doch den Beamten im Osten diese Zulage nicht entzogen werden.

Abg. Brandts (Volk): Der Dienst an der Ostgrenze ist durchaus nicht schwerer als in anderen Gegenden.

Abg. Merin (Reichsp.): Die Resolution der Konservativen, die auch von meinen Freunden unterzeichnet ist, entzieht den Gegnern der Vorlage den Boden.

Abg. Rebebour (Soz.): Es kann nicht bestritten werden, daß in dieser Zulage die maßlose Korruption liegt. (Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Redner zur Ordnung.)

Abg. Bartinski (Volk): Bei der Ostmarkenzulage handelt es sich um eine eminent politische Frage. Staatssekretär Kräfte: Es handelt sich nur darum, die Postbeamten nicht schlechter zu stellen, als die preussischen Eisenbahnbeamten.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Wir beharren auf dem Kommissionsbeschlusse. Wichtig ist, daß die Katholiken nicht von der Zulage ausgeschlossen werden.

Die Ostmarkenzulage wird in namentlicher Abstimmung mit 194 gegen 127 Stimmen bei 2 Stimmenthalten abgelehnt.

Beim Titel Beiträge für die Betriebskrankenkasse für die Post- und Telephonamt beschäftigtsten Krankenversicherungsbedürftigen Personen demangelt.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.): daß die Postverwaltung Gesuche um Ausdehnung der Krankenunterstützung auf die Familie abschlägig beschieden hat.

Direktor im Reichspostamt Mischenborn: Bei der Neuorganisation der Postkrankenkasse wäre es nötig, auch die Frage der Familienbeihilfe zu regeln und durch Satzung festzulegen.

Beim Titel Unterhaltung der Telegraphenlinien fordert.

Abg. Cuard (Soz.) Vermehrung der unterirdischen Telephonleitungen und weist auf die durch die ungenügenden Witterungsverhältnisse in der letzten Zeit mehrfach hervorgerufenen schweren Störungen hin.

Staatssekretär Kräfte: Wir streben dahin, in der Verabfolgung unseres Telephonnetzes möglichst schnell vorwärts zu kommen und hoffen, daß die mannigfachen Klagen über

Störungen hierdurch beseitigt werden. Nach Amerika sind wir die ersten, die mit der Verabfolgung der Telephonlinien begonnen haben. Auf eine Beschwerde des Abg. Gradnauer (Soz.) erklärt der Staatssekretär weiter: Wenn in Dresden bei Einführung des halbautomatischen Systems nicht alles gleich geklappt hat, so ist das bei den 25 000 Teilnehmern nicht verwunderlich. In Wien mit 12 000 Teilnehmern hat das neue System sofort geklappt.

Der Titel wird hierauf bewilligt. Abg. Westmann (Natl.): Die Haltung des Staatssekretärs gegenüber dem gewiß bescheidenen und vernünftigen Wunsch der Telegraphenarbeiter ist geradezu unverständlich.

Abg. Kopsch (B. Vp.): Auch wir halten die Wünsche der Telegraphenarbeiter für durchaus berechtigt. Der Staatssekretär sollte mehr Vertrauen zu seinen Arbeitern haben.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.): Auch wir verstehen die Haltung des Staatssekretärs in dieser Frage nicht. Wir treten für die Errichtung von Reichsarbeiterausschüssen ein.

Staatssekretär Kräfte: Wir müssen darauf sehen, daß gut und billig gebaut wird. Die Errichtung von Reichsarbeiterausschüssen müssen wir ablehnen, da die Ausschüsse doch nur lokalen Zwecken dienen sollen und können.

Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr pünktlich vertagt: Außerdem kurze Anfragen; Kolonialetat. Schluß nach 1/2 11 Uhr.

Berlin, 5. März. Die 16. Kommission des Reichstags zur Prüfung der Duellfrage hat heute einstimmig dem Grundgesetz zugestimmt, daß bei Verleugern eines freiwilligen Verschuldens anstelle der Festungshaft Gefängnisstrafe treten soll.

Kommunalpolitik.

Die Gemeindevertreterkonferenz in Laßau am letzten Sonntag war sehr gut besucht. Mit Ausnahme von GutsMuths, von wo nur der Vorsteher erschienen war, waren von sämtlichen Orten der Umgegend die sozialistischen Gemeindevertreter erschienen. Die Beratungen gestalteten sich äußerst interessant und lehrreich und letzten Zeugniss davon, daß sich unsere Genossen den ihnen übertragenen kommunalen Pflichten widmen. Der Vorsitzende Gen. Richter gab zunächst den Bericht, daß in Laßau und den benachbarten Orten 54 sozialdemokratische Gemeindevertreter gewählt sind, darunter fünf Stadt- und Gemeinderäte.

Aus dem Lande.

Ursach. - Rote Woche. Die Frauenversammlung am kommenden Sonntag nachmittags 3 Uhr im „Sonnensaal“ muß einen guten Besuch aufweisen. Nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer sollen erscheinen! (Siehe Inserat!)

Flugblattverbreitung. Zur Regelung der Flugblattverbreitung treffen sich die Genossen der einzelnen Bezirke morgen Samstag abends halb 9 Uhr in bestimmten Lokalen. (Siehe heute Vereinsanzeiger.) Die Bezirkskomitees veranlassen das Nähere. Wir erwarten, daß sich die Parteigenossen vollständig einfinden.

Auf den Lichtbildervortrag über das Feuerbestattungswesen, der heute Freitag abends in der „Ara“ stattfindet, mit Herrn Dr. Weig. Hannover als Referenten, möchten wir wiederholt aufmerksam machen. Der Eintritt ist frei, während des Vortrags findet keine Resonanz statt. (Siehe Inserat!)

Ein weiterer Lichtbildervortrag, veranstaltet von der Fischerei-Direktion Altona über die Seefischerei, die Seefische, ihr Wert als Nahrungsmittel und ihre Verwertung, findet heute Freitag abends im großen Rathensaal statt, worauf wir besonders die Frauen aufmerksam machen. Der Eintritt ist frei.

Vergelt den Frauentag, sowie die rote Woche nicht! Agitiert allerorts.

Eine Bürgerauschussung findet am Mittwoch, 18. März, nachmittags 4 Uhr, in der Aula des Mädchenschulhauses statt. 14 Punkte stehen zur Beratung. Wichtigste Punkte der Tagesordnung sind: Herabsetzung der Steuern; Neuordnung der Dienst- und Gehaltsverhältnisse der städt. Beamten, sowie Neuordnung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der städt. Arbeiter.

Die Umlage wird erhöht. Am 2. März soll der Umlagefuß für Aufgehört werden. Wähler betrug derselbe 32 Pf., auf 34 dürfte er zu stehen kommen.

Rastatt. Die jährliche kombinierte Generalversammlung der vereinigten Gewerkschaften findet am Samstag den 7. März, abends halb 9 Uhr, im Lokal zum „Rappen“ statt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Baden-Baden. Der Vorschlag der städtischen Kurverwaltung für 1914 fähigt in Einnahmen und Ausgaben mit je 672 000 Mk. ab. Unter den Einnahmen ist der Betrag der Kurage, der Tages-, Nachmittags- und Abendkonzerte und der Einwohnerlizenzen mit rund 268 500 Mk. angenommen. Die Einnahmen aus Festlichkeiten werden auf 108 000 Mk. geschätzt. Der bare Zuschuß der Stadtkasse wurde auf 167 000 Mk. festgesetzt. Unter den sonstigen Einnahmen mit 81 000 Mk. erscheinen die Beiträge von Interessenten für die Abhaltung der internationalen Rennen im Betrag von 98 000 Mk. Der persönliche und sachliche Aufwand für das städtische Orchester ist auf 140 000 Mk. veranschlagt. Der Beitrag an den internationalen Klub für die Rennen beträgt 60 000 Mk. Für das Verkehrsbüro und die Werbeteilnahme sind 78 000 Mk. vorgesehen.

Der Vorschlag. In einer am Mittwoch abend stattgehabten gemischten Sitzung des Stadtrats, des Stadtverordnetenvorstandes, der Finanzkommission und der Resolutionskommission wurde der Vorschlag in seinem Entwurf beraten und Beschluß gefaßt. Nach dem Vorschlag betragen die Ausgaben 913 600 Mk., die Einnahmen 497 000 Mk., somit ist der Betrag von 416 600 Mk. durch Umlage zu decken, die der „Bruchaler Zeitung“ zufolge eine Erhöhung von 32 auf 34 Vp. erfahren muß.

Heiligkreuzsteinach, 5. März. Dieser Tage spielte das etwa ein Jahr alte Kind des Metzgermeisters Johann Knopp am Ofen. Die Kleider des Kindes gingen Feuer und es erlitt so schwere Brandwunden, daß es nach Einlieferung in das Akademische Krankenhaus in Heidelberg starb.

Weiler-Richterbach, 5. März. Der Knecht Andreas Wölke erlitt einen schweren Unglücksfall, indem ihm beim Futterstreuen alle Finger der linken Hand abgehackt wurden. Wölke scheint sich um die ganze Hand abgenommen zu haben.

Mannheim, 5. März. An der Pappelallee im Westpark wurden die Grabarbeiten so wohlhabendere Sektette zu Tage gefördert. Es dürfte sich um die von Soldaten handelnde, die bei einem Gefecht in dieser Gegend gefallen sind.

Mannheim, 5. März. Der 20 Jahre alte Vorbildträger Friedrich Sartmeyer von Ludwigshafen wurde auf seiner Arbeitsstelle zwischen zwei Wagen eingeklemmt. Hierbei wurde ihm das linke Bein oberhalb des Knies abgedrückt. Außerdem erlitt er sonstige schwere Verletzungen.

Gegen das Verhüllen der Pferdehufe. Sehr scharfen Protest erhob der Freiburger, über 700 Mitglieder zählende Tiergärtverein in seiner Jahresversammlung gegen die unsinnige und tierquälerische Mode des Verhüllens der Pferdehufe. Wie bekannt gegeben wurde, richtete der Freiburger Tiergärtverein eine Eingabe an den Reichstag und an das Kriegsministerium, damit dieser barbarischen Mode wenigstens beim Militär gesteuert wird.

Eine Mahnung an Mädchen, die in Frankreich eine Stelle suchen. Die Kaiserlichen Konsularbehörden in Frankreich werden in weitgehendem Umfang mit Vermittlungsanträgen deutscher Dienstboten befaßt, die sich durch die Behandlung seitens ihrer französischen Dienstherrn sehr bedrückt fühlen.

Die Kaiserlichen Konsularbehörden in Frankreich werden in weitgehendem Umfang mit Vermittlungsanträgen deutscher Dienstboten befaßt, die sich durch die Behandlung seitens ihrer französischen Dienstherrn sehr bedrückt fühlen. Deutschen Mädchen, die nach Frankreich in Dienst gehen wollen, wird auf Grund der von den Konsularbehörden gemachten Erfahrungen empfohlen, sich vor Annahme einer Stellung über die Persönlichkeit der Dienstherrn, erforderlichenfalls unter Zuzugnahme des zuständigen Konsulats, zu erkundigen. Vor Eintritt des Dienstes werden sie sich zweckmäßig mit einem Gebühre zu versehen haben, der es ihnen, wenn sie die Stellung etwa aufgeben, ermöglicht, heimzureisen oder wenigstens sich zu behelfen, bis sie eine andere Stelle oder fremde Hilfe gefunden haben. Dem „Notadreßbüchlein des Internationalen Verbandes der Freundinnen junger Mädchen“ wird in solcher Lage die erforderliche Belehrung zu entnehmen sein. Dieses, sowie zur Legitimation einen Reisepaß oder Heimatschein sollte sich daher die in Frankreich Dienstnehmende beschaffen. Vor der Annahme sogenannter Stellen „au pair“ ist grundsätzlich zu warnen. Unter allen Umständen empfiehlt sich ein schriftlicher, zweifach abgefaßter Vertrag. Die hierbei zu berücksichtigenden Gesichtspunkte sind dem von dem Kaiserlichen Konsulat in Paris gefertigten zweisprachigen Vertragsmuster zu entnehmen. Diese Vertragsmuster werden von den Bezirksämtern, Bürgermeistern und den öffentlichen Arbeitsnachweisen unentgeltlich abgegeben. Auch erhalten Mädchen, welche eine Dienststelle in Frankreich annehmen wollen, bei den genannten Stellen unentgeltlich Rat.

L. Appetitliche Butterweid. Im Oberweier hatten die Einwohner im Herbst vorigen Jahres wiederholt ganz erhebliche riechende Butterweid von dortigen Bäcker Paul Güllie erhalten. Die Staatsanwaltschaft in Offenburg erhielt anonyme Anzeige von der Sache und ordnete Untersuchung an, welche ergab, daß der Bäcker statt Butter ein künstliches Fett, sogenanntes „Kerin“, verwendet. Dieses Fett bestand nach der Feststellung des Offenburger Untersuchungsamtes zum Teil aus dem minderwertigen Speisefett, aus Rindstalg, welches in diesem Falle aber schon unbrauchbar, ranzig und infizierend war. Der Angeklagte will von diesem Zustande des Fettes nichts bemerkt haben, während die Einwohner diese Bröthen als ganz ungenießbar fanden. Der Leiter des Untersuchungsamtes, Herr Dr. Barthelmess, sowie der Gr. Bezirksarzt Dr. Baader erklärten, daß dieses verwendete Fett in seinem verdorbenen Zustand gesundheitsschädlich sein mußte. Güllie erhielt wegen fahrlässiger Nahrungsmittelfälschung eine Geldstrafe von 20 Mk. und die Kosten vom Schöffengericht zu bestreiten.

Sittlichkeitsdelikte kamen am Mittwoch wieder zwei Fälle vor der Strafkammer in Offenburg zur Verhandlung. Der Fabrikarbeiter Georg Spothelber von Laßau, der schon früher mit 1 Jahr Gefängnis wegen Sittlichkeitsverbrechen bestraft war, erhielt wegen verbotenen Umgangs mit seiner eigenen Tochter 4 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. — S. Simon von Steinbach und Marie Frieß von Weitenung hatten sich wegen Vergehens gegen § 178 Abs. 2 N.O.B.G. zu verantworten. Simon erhielt 1 Jahr Gefängnis abzüglich 3 Wochen Untersuchungshaft, die Frieß erhielt 3 Monate Gefängnis.

Veranstaltungen in den Vororten. Nüppurr. Nächsten Sonntag, 8. März, abends 7 Uhr, findet im Saale zum „Gehörn“ eine öffentliche Volksversammlung statt, wozu die gesamte Einwohnerchaft freundlich eingeladen ist. An den Parteigenossen liegt es, für einen guten Besuch Sorge zu tragen. Referent ist Stadtrat Schübeler-Forzheim. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß am gleichen Sonntag vormittags eine Flugblattverbreitung stattfindet. Wir hoffen, daß sich die Parteigenossen, sowie Gewerkschaftsmitglieder an der Flugblattverbreitung zahlreich beteiligen, damit die Arbeit rasch erledigt ist. Die Genossen treffen sich um 1/2 8 Uhr im „Löwen“.

Veiertheim. Samstag abends 1/2 9 Uhr, findet im „Veiertheimer Hof“ eine Mitgliederversammlung statt. In derselben wird über die letzte Bürgerauschussung berichtet werden. Diejenigen Genossen, die noch Bücher aus der Bibliothek in Besitz haben, werden nochmals dringend ersucht, dieselben abzugeben. Am pünktlichen und zahlreichen Erscheinen aller Genossen und Genossinnen wird gebeten, auch Volksgenossen willkommen.

Daglanden. Die Parteigenossen werden ersucht, sich am Sonntag den 8. März im Parteilokal zusammenzufinden, zwecks Regelung einer sehr wichtigen Sache. Vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig.

Rintheim. Die Monatsversammlung des sozialdem. Vereines findet am Samstag, 7. März, abends halb 9 Uhr, im Lokal statt. Eine wichtige Tagesordnung, Organisation und Agitation, Maifester und örtliche Angelegenheiten harren der Erledigung. Die Genossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Veranstaltungen in den Vororten. Nüppurr. Nächsten Sonntag, 8. März, abends 7 Uhr, findet im Saale zum „Gehörn“ eine öffentliche Volksversammlung statt, wozu die gesamte Einwohnerchaft freundlich eingeladen ist. An den Parteigenossen liegt es, für einen guten Besuch Sorge zu tragen. Referent ist Stadtrat Schübeler-Forzheim. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß am gleichen Sonntag vormittags eine Flugblattverbreitung stattfindet. Wir hoffen, daß sich die Parteigenossen, sowie Gewerkschaftsmitglieder an der Flugblattverbreitung zahlreich beteiligen, damit die Arbeit rasch erledigt ist. Die Genossen treffen sich um 1/2 8 Uhr im „Löwen“.

Veiertheim. Samstag abends 1/2 9 Uhr, findet im „Veiertheimer Hof“ eine Mitgliederversammlung statt. In derselben wird über die letzte Bürgerauschussung berichtet werden. Diejenigen Genossen, die noch Bücher aus der Bibliothek in Besitz haben, werden nochmals dringend ersucht, dieselben abzugeben. Am pünktlichen und zahlreichen Erscheinen aller Genossen und Genossinnen wird gebeten, auch Volksgenossen willkommen.

Daglanden. Die Parteigenossen werden ersucht, sich am Sonntag den 8. März im Parteilokal zusammenzufinden, zwecks Regelung einer sehr wichtigen Sache. Vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig.

Rintheim. Die Monatsversammlung des sozialdem. Vereines findet am Samstag, 7. März, abends halb 9 Uhr, im Lokal statt. Eine wichtige Tagesordnung, Organisation und Agitation, Maifester und örtliche Angelegenheiten harren der Erledigung. Die Genossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Veranstaltungen in den Vororten. Nüppurr. Nächsten Sonntag, 8. März, abends 7 Uhr, findet im Saale zum „Gehörn“ eine öffentliche Volksversammlung statt, wozu die gesamte Einwohnerchaft freundlich eingeladen ist. An den Parteigenossen liegt es, für einen guten Besuch Sorge zu tragen. Referent ist Stadtrat Schübeler-Forzheim. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß am gleichen Sonntag vormittags eine Flugblattverbreitung stattfindet. Wir hoffen, daß sich die Parteigenossen, sowie Gewerkschaftsmitglieder an der Flugblattverbreitung zahlreich beteiligen, damit die Arbeit rasch erledigt ist. Die Genossen treffen sich um 1/2 8 Uhr im „Löwen“.

Veiertheim. Samstag abends 1/2 9 Uhr, findet im „Veiertheimer Hof“ eine Mitgliederversammlung statt. In derselben wird über die letzte Bürgerauschussung berichtet werden. Diejenigen Genossen, die noch Bücher aus der Bibliothek in Besitz haben, werden nochmals dringend ersucht, dieselben abzugeben. Am pünktlichen und zahlreichen Erscheinen aller Genossen und Genossinnen wird gebeten, auch Volksgenossen willkommen.

Daglanden. Die Parteigenossen werden ersucht, sich am Sonntag den 8. März im Parteilokal zusammenzufinden, zwecks Regelung einer sehr wichtigen Sache. Vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig.

Rintheim. Die Monatsversammlung des sozialdem. Vereines findet am Samstag, 7. März, abends halb 9 Uhr, im Lokal statt. Eine wichtige Tagesordnung, Organisation und Agitation, Maifester und örtliche Angelegenheiten harren der Erledigung. Die Genossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Veranstaltungen in den Vororten. Nüppurr. Nächsten Sonntag, 8. März, abends 7 Uhr, findet im Saale zum „Gehörn“ eine öffentliche Volksversammlung statt, wozu die gesamte Einwohnerchaft freundlich eingeladen ist. An den Parteigenossen liegt es, für einen guten Besuch Sorge zu tragen. Referent ist Stadtrat Schübeler-Forzheim. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß am gleichen Sonntag vormittags eine Flugblattverbreitung stattfindet. Wir hoffen, daß sich die Parteigenossen, sowie Gewerkschaftsmitglieder an der Flugblattverbreitung zahlreich beteiligen, damit die Arbeit rasch erledigt ist. Die Genossen treffen sich um 1/2 8 Uhr im „Löwen“.

Veiertheim. Samstag abends 1/2 9 Uhr, findet im „Veiertheimer Hof“ eine Mitgliederversammlung statt. In derselben wird über die letzte Bürgerauschussung berichtet werden. Diejenigen Genossen, die noch Bücher aus der Bibliothek in Besitz haben, werden nochmals dringend ersucht, dieselben abzugeben. Am pünktlichen und zahlreichen Erscheinen aller Genossen und Genossinnen wird gebeten, auch Volksgenossen willkommen.

Daglanden. Die Parteigenossen werden ersucht, sich am Sonntag den 8. März im Parteilokal zusammenzufinden, zwecks Regelung einer sehr wichtigen Sache. Vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig.

Rintheim. Die Monatsversammlung des sozialdem. Vereines findet am Samstag, 7. März, abends halb 9 Uhr, im Lokal statt. Eine wichtige Tagesordnung, Organisation und Agitation, Maifester und örtliche Angelegenheiten harren der Erledigung. Die Genossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Aus dem Karlsruher Gewerbegericht.

Sitzung vom 4. März.

Vorsitzender: Stadtrathsrat Reum. Vorkler: Schreinermeister Ebeke und Schlosser Dorne.

Es standen 12 Fälle zur Tagesordnung; in einem Falle wurde Verlegung beschlossen, da keine der Parteien erschienen war; in vier weiteren Fällen erfolgte Verlegung gebührend weiler Beweiserhebungen. Im Falle: W. gegen Firma Kiefer u. Engel erging Versäumnisurteil zugunsten des Klägers, dem der eingelagerte Betrag von 18,40 M. zugesprochen wurde.

Das überwiegendste Interesse beansprucht der 2. Fall, die Klage des Maschinenformers Speth gegen die Firma Junfermann u. H. Die genannte Firma hat am 28. Januar in ihrer Sieberei durch Anschlag bekannt gegeben, daß künftighin die Arbeiter der hydraulischen Formmaschinen abends nach dem Abgange die gegessene Form auch noch auszulieren hätten, und zwar ohne einen Pfennig Mehrbezahlung. Diese Arbeit war bisher während der Nacht von ca. 8 besonders dazu bestimmten, unter Tags nicht im Betrieb stehenden Arbeitern besorgt worden.

Die Arbeiter der betreffenden Abteilung wehrten sich natürlich gegen eine solche Zumutung, indem sie die Verhandlungen verweigerten. Am 2. Februar erklärte die Fabrikleitung einfach, jedoch, daß die in obenbenanntem Anschlag verlangte Mehrarbeit nicht übernommen, für entlassen. Unter den Entlassenen war auch der Kläger Speth, dem vier Tage vor dieser Ausperrung gekündigt worden war und der nun die Firma auf 10 Tage Lohnersatz verfolgte. Der Fall hatte schon die letzte Gewerbegerichtssitzung beschäftigt, es war dort die Klage weiterer Zeugen und eines Sachverständigen beschlossen worden. In der heutigen Sitzung machte zunächst der Vertreter der Beklagten Firma geltend, man habe deshalb an die Arbeiter das Anfinnen gestellt, die Kosten ohne besondere Vergütung zu leisten, weil die Firma, seit dem sie ihre neuen Fabrikanlagen bezogen habe, vielfach technische Verbesserungen in ihrem Siebereibetrieb durchführte, so daß sich die Löhne um 20 Prozent teilweise sogar bis zu 40 Prozent gesteigert hätten. (1) Diese Angaben, soweit sie sich auf die technischen Verbesserungen bezogen, wurden durch die von der Firma selbst geladenen Zeugen erheblich reifiziert, insbesondere wurde festgestellt, daß diese Verbesserungen schon seit länger als einem Jahre funktionierten. Der angegebene Grund hand also auf gienlich schwachen Füßen. Sodann aber erklärte der geladene Sachverständige, Herr Fabrikdirektor Braun von der Maschinenfabrik Gröninger Durlach, allerdings in sehr verhaltenen und vorsichtiger Form, daß das Vernehmen der Klagen durch besondere Arbeiter unter Umständen ein erhebliches technischer Vorzug sein könne, und daß er, der Sachverständige, ehe er eine derartige Maßregel einfach durch Anschlag durchzuführen versucht hätte, sich wahrscheinlich mit den davon betroffenen Arbeitern zunächst verständigt hätte. Der Vorsitzende regte einen Vergleich an, wobei er darauf hinwies, daß die Firma durch etwas nervöse Art der Behandlung der Arbeiter zur Entlassung dieses Konfliktis erheblich beigetragen habe, er hielt es für zweckmäßig, wenn die Beteiligten die ganze Sache vor das Einigungsamt brächten. Der Vertreter der Firma lehnte einen Vergleich ab, Direktor Gubel legte Wert darauf, prinzipiell feststellen zu lassen, ob die Durchführung derartiger Maßnahmen lediglich von den Arbeitern abhängt, oder ob die Betriebsleitung Herr im Hause sei. Das Gewerbegericht verurteilte die Firma, an den Kläger für 10 Tage 46,10 M. Entschädigung zu bezahlen. Aus diesem Konflikt erwachsen der Firma voraussichtlich ca. 46 ähnliche Klagen.

Der nächste Fall betrifft ebenfalls die Firma Junfermann u. H. Auch da ist der Anschlag bezeichnend. Am 21. November funktionierte in dem Betrieb die Zentralheizung nicht richtig und die Arbeiter in 8 Abteilungen erklärten, nicht arbeiten zu können, weil es zu kalt sei. Daraufhin schloß die Betriebsleitung kurzerhand den ganzen Betrieb für diesen Tag. Die Folge davon ist, daß fast die gesamten Arbeiter die Firma auf 8 Stunden Lohnausfall für den Tag verklagen wollen, nachdem die bezüglichen Verhandlungen zwischen dem Arbeiterschuß und Betriebsleitung zu keinem Resultat geführt hatten. Ca. 25 Klagen sind aus diesem Anschlag schon durchgeführt, ca. 600-700 sind noch in Aussicht. In obigem Termin nun hatte die Firma eine Widerklage gegen einzelne der Kläger konstituiert, offenbar in der Absicht, einen, wenn auch nur fiktiven, Streitwert von 100 Mark zu schaffen, um die Möglichkeit einer Verurteilung an das Landgericht zu erhalten. Infolge der bezüglichen Beweisansätze der Firma wurde der Fall vertagt.

Kellner F. klagt gegen hoteleier Kupfer wegen kündigungslöser Entlassung. Kupfer macht geltend, daß der Ausschluß der Kündigung im Sotelgeberbe hier ortsbühlich sei, der Beweis dafür ist ihm nach Ansicht des Gerichts nicht gelungen, dagegen hat das Gericht aus dem Verhalten des Klägers in einem bestimmten, vom Beklagten mit Beweis belegten Fall, die Überzeugung gewonnen, daß der Kläger selbst davon überzeugt gewesen sein müsse, daß er ohne Kündigung eingestellt sei und wies ihn deshalb ab. Nebenbei bemerkt, war der Kellner ohne einen Pfennig Lohn eingestellt, und mußte nach täglich an seinen Lagen, "Brotträger" 1,50 M. bezahlen. Hausburche G. klagt gegen die Firma F. Hücher u. Cie. als Inhaberin der "Magim" Bar wegen kündigungslöser Entlassung. Von Zeugen wird dem Kläger nachgewiesen, daß bei seiner Einstellung eine Kündigung ausgeschlossen worden sei, es erfolgt deshalb Abweisung der Klage.

Konflikt Z. klagt gegen Kapellmeister Winger wegen kündigungslöser Entlassung. Durch Zeugenaussagen wird festgestellt, daß das Verhalten des Klägers bei den Differenzen, die seiner Entlassung vorangingen, diese Entlassung rechtfertigten. Das Bäckerfräulein F. B. und die Wirtschaftsbienhötin G. W. klagen gegen die Konfuzsmasse des Prinz Luitpold-Automat auf zusammen 272 M. Entschädigung, sie erhalten im Vergleichsweg zusammen 170 Mark zurerkannt.

Die Folgen der Schmutzfabrikation. Vom Verband der Maler wird geschrieben: Die traurige Submissionsblüte für Malerarbeiten an der hiesigen Generalskaserne zeitigt, wie wir damals vorans gesagt haben, bereits ihre Folgen, namentlich für unsere älteren Kollegen. Hier anfänglich verbeirätere Rollen, die schon eine 3-monatliche Arbeitslosigkeit in diesem Winter hinter sich haben, erhalten jetzt den Bescheid, daß man sie nicht einstellen könne, da sie zu alt wären. Man schenke sich dabei nicht, es offen auszusprechen, daß man die Arbeiter zu billig übernommen habe und man deshalb nur junge Arbeiter unter 20 Jahren berücksichtigen könne. Eigenartig mutet einem dieses Gebahren an. Bei Tarifverhandlungen geht man immer damit hausieren, daß die jungen Arbeiter noch nicht so leistungsfähig seien, daß sie den Beruf noch nicht beherrschen, daß sie überhaupt keinen Anspruch auf Mindestlöhne machen können, da sie doch immer noch lernen müssen. Einem Arbeitgeber aber auf seine Kosten zu verhehlen bei einer miserablen Submissionsarbeit, dazu sind sie gut genug. Da kann man nicht genug junge Arbeitskräfte herbeischaffen.

Wenn es hat die Stadterwaltung die Pflicht, ganz besonders ein Augenmerk darauf zu richten, wie und mit was die Arbeiten nun ausgeführt werden. Wenn die Stadterwaltung die ganze Arbeit nun für 16 000 M. hergerichtet bekommt, so ist das für sie schließlich sehr erfreulich, aber wenn auf der einen Seite geparkt wird und auf der anderen Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden muß für Arbeiter, die Verdienst und Erwerb finden könnten bei Arbeiten, die die Stadt zu ver-

geben hat, so hat die Stadt schließlich doch keinen Nutzen. Man sollte da doch zunächst dafür sorgen, daß all jene zuerst Verdienst und Erwerbsmöglichkeit bekommen, die der Stadt nur zum Schaden des Gewerbes aus. Wie die Arbeitgeber versuchen, trotz ihrer Schwandgebote noch etwas herauszuschlagen, das zeigt auch die gerade in unserem Berufe herrschende Lehrlingszücherei. 30 bis 40 Lehrlinge werden auf Ostern gesucht, eine für die hiesigen Verhältnisse ungewöhnlich hohe Zahl. Wir möchten an die Eltern die dringende Mahnung richten, bevor sie ihre Söhne den Malerberuf ergreifen lassen, zuerst sich über die Verhältnisse im Berufe genau zu erkundigen. So wie es heute ist, besteht die Aussicht auf eine wochenlange Arbeitslosigkeit, mit 20 Jahren für zu alt erklärt zu werden und mit 30 Jahren einen anderen Beruf ergreifen zu müssen. Gegenüber solchen Aussichten wird es sich ein Vater dreimal überlegen, ehe er seinen Sohn einem Malermeister in die Lehre gibt.

Vom böllischen Ton im neuen Bahnhof. Man schreibt uns: Ich stand mit einer Freundin am Sonntag abend um 10 Uhr in der großen Halle des neuen Bahnhofs, um auf eine Bekannte, welche in Begleitung ihrer zwei kleinen Kinder ankommen sollte, zu warten. Da ein starker Verkehr herrschte, stellten wir uns, um unsere Erwartungen so nicht zu verfehlen, ganz vorne an das Gitter, in einem der deshalb abgeschlossenen Ausgänge. Das zahlreiche anwesende Publikum stand in einem Halbkreis vor den Ausgängen, ließ aber den Durchgang hollkommen frei. Wie ich nun so harmlos dastehende, keinem Menschen im Wege, aufmerksam nach meinen Reizenden aufspähend, kommt da ein Beamter mit einer blauen Mütze und fährt mich im barschesten, edelsten Unteroffizierentone an, augenblicklich da wegzugehen. Ich zog mich ganz verblüfft ein paar Schritte zurück zu dem erwähnten Halbkreis hin, unterläßt von dem Beamten "freundlicher" Aufforderung: "Als fort! Als fort!" Es wundert mich bloß, daß er mich nicht per "Ihr" oder "Du" anredete. Das genügt aber dem "Herrn" Beamten noch nicht, er mußte offenbar an irgend jemand sein Mütchen kühlen und er schmeißte mich nun noch viel größer an: "Wir hätten hier überhaupt nichts zu suchen, sollten vielmehr machen, daß wir hinter in die Halle fänden. Als ich empört über diese wirklich unehren-würdigen Art sagte, und zwar energisch, wir warteten auf jemand, wurde ich angegrinst: "Wenn ich nicht ruhig sei, würde ich vorge-führt!" Daraufhin mußte ich still sein, denn ich hatte keine Lust, dem zahlreich umstehenden Publikum ein Schauspiel zu geben; gegen Misset und Ungehörigkeit hat der Gehildete keine Waffe, wenn er sich nicht selbst beschimpfen will. Bemerkenswert für die Art dieses Beamten ist noch folgendes Nachspiel: Einige animierte junge Leute stießen laute Jodels aus, daraufhin rückte sich dieser ordnungsliebende Beamte aber nicht, vermullich wußte er, daß, wenn er hier rückte, er den großen Keil gefunden hätte, der auf seinen großen Klop paßte.

Wie gesagt, ich war niemand im Wege gewesen. War ich aber wirklich an einem verbotenen Platz gestanden, so hätte der Hinweis auf den Verstoß auch in einer anständigen, höflichen Weise geschehen können, der man gern Folge geleistet hätte. Nicht nur die "Dame" in Rot, Federn, Samt oder Seide hat Anrecht auf eine höfliche Behandlung von seiten der Beamten, auch das Bürgermädchen in seinem einfachen Kleid kann verlangen, daß es höflich und zuvorkommend angetroffen wird. Und der Feuerzähler sowie der Reisende, von deren Geld ja diese Art Beamten auch für ihre Arbeit bezahlt werden, haben das Recht, zu verlangen, daß sie und ihre Angehörigen anständig behandelt werden. Die Bahnerverwaltung würde sich höchst wahrscheinlich den Dank vieler erwerben, wenn sie ihre Angestellten so höflich und gesittetem Wesen ermahnen würde. Preussischer Unteroffizierston à la Babern ist denn doch in unserem "Rusterlande" nicht gut angebracht.

In diesem Zusammenhang sei auch noch auf eine "Neuerung" hingewiesen. Der 1. und 2. Klasse-Wartesaal soll nun, wie man hört, nur noch von Reisenden, die mit einer Fahrkarte dieser Wagenklasse versehen sind, benutzt werden. Es wird mitgeteilt, daß die sich dort aufhaltenden Reisenden aufgefordert würden, ihre Karten vorzuzeigen und dann ausgewiesen werden, wenn sie eine Karte niedriger Wagenklasse besitzen. Wir meinen, eine derartige Engheitsigkeit bräuhete die Bahnerverwaltung nicht zu schulden kommen lassen. Gestaltunge, wo das Leben so furchtbar teuer ist, kann sich mancher, der früher 2. Klasse fuhr, diesen Luxus nicht mehr gönnen. Bis jetzt war es doch immer eine stillschweigende Duldung, daß auch 3. Klasse fahrende Reisende, besonders Frauen, welche Kinder bei sich haben, sich in dem angenehmeren 2. Klasse-Wartesaal begabten und aufhalten durften. Wir haben noch nie gehört, daß einem Reisenden der oberen Klassen ein Unlust dadurch zugefügt ist. — Auch in diesem Fall würde sich die Bahnerverwaltung einen großen Dank erwerben, wenn sie weniger Kleinlichkeit und Engheitsigkeit an den Tag legen würde.

Großh. Hoftheater. Heute Freitag abend halb 8 Uhr findet die erste Wiederholung der Rolle "Aur u. u. h." von Nestor statt, die nach erfolgreicher Aufführung in München und Stuttgart am Postnamtsmontag auch hier ihre lustige Wasserfestung gefeiert hat. Gestorben ist gestern abend 8 Uhr im städtischen Krankenhaus hier das im geistigen Vollzeitericht erwähnte 64jährige Mädchen, welches sich in der elterlichen Wohnung Brandwunden zugezogen hatte. Die Handelslehranstalt Germania hier, Kaiserstraße 38, Leiter: Karl Kramer, ist durch rechtskräftigen Erlaß des Ministeriums des Innern vom 26. Januar 1914 geschlossen worden.

Neues vom Tage.

Verurteilte Duellkämpfer.

Düsseldorf, 5. März. Das Kriegsgericht der 14. Division verurteilte gestern wegen Zweikampfs den Leutnant Grafen Deibel und Gernich vom Infanterieregiment Nr. 5 zu drei Monaten Festung und den Leutnant der Reserve Schardt zu 4 Monaten Festung. Das ohne erste Folgen verlaufene Wipfenduell war auf einen Zusammenstoß beim Karneval zurückzuführen.

Schüler-Tragödie.

Bremerhaven, 5. März. Heute früh hat sich wieder eine Schüler-Tragödie abgespielt. Es ist dies die dritte innerhalb kurzer Zeit. Der Primaner Freiherr von Nordenflicht aus Geestemünde warf sich vor den um 8 Uhr von Geestemünde nach Wehlerfah abgehenden Zug. Es wurden ihm beide Beine und ein Arm abgefahren. Er starb kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Der Grund zur Tat ist vorläufig unbekannt.

Zusammengewachsene Zwillinge.

Paris, 5. März. In einem Sanatorium durchschneit gestern ein Chirurg das Gewebe, das die Körper zweier drei Monate alter Zwillingsschwester verband. Es besteht Hoffnung, die operierten Kinder am Leben zu erhalten.

Falsche Mobilmachung.

Paris, 5. März. Die Reservisten der Gegend von Montbellard erhielten vor einigen Tagen irtümlich Mobilmachungs-befehle. Die Unterdrückung ergab, daß ein Postbeamter der Urheber dieser Mobilisierung war. Er hatte aus Versehen einen

für die Militärbehörde bestimmten Briefsack geöffnet und die darin enthaltenen Mobilmachungsbeehle den Reservisten zugestellt.

Bergfest.

Paris, 5. März. In einem Hotel in Beglères wurde in der vergangenen Nacht die Leiche des Hufarenleutnants Mailhof aufgefunden. Es wurde festgestellt, daß er sich in Gesellschaft zweier Halbweibdamen mit Vetter betraufte und eine zu starke Dosis zu sich genommen hatte.

Letzte Nachrichten.

Lichtspielgesetz.

Stuttgart, 5. März. Die zweite Kammer hat mit 50 gegen 31 Stimmen in der Gesamtstimmung das Lichtspielgesetz angenommen. Sozialdemokratie und Volkspartei stimmten geschlossen dagegen.

Aus der elsass-lothringischen Kammer.

Strasbourg i. El., 5. März. Die zweite Kammer erledigte gestern abend — nachdem die Pressevertreter die Tribüne verlassen hatten — ohne wesentliche Debatte den Rest des Unterrichtsetats und nahm unter anderem eine Resolution der Abgeordneten Gauß (Zentrum) und Gen. an, die für größere Berücksichtigung des französischen Sprachunterrichts in den Elementarschulen, den höheren Schulen und Lehrerbildungsinstituten ausspricht.

Kronprinzenbeleidigung.

Berlin, 5. März. In dem Prozeß gegen die Redakteure der "Welt am Montag" wegen Beleidigung des Kronprinzen erkannte die vierte Strafkammer des Landgerichts Berlin I gegen Hans Leuh auf sechs Monate Gefängnis. Der Angeklagte Scholz wurde freigesprochen. In dem Prozeß wurde auf Antrag des Oberstaatsanwalts wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung während der ganzen Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Kriegsgerichtsurteil.

Breslau, 5. März. Das Kriegsgericht der 11. Division unter dem Vorsitz des Majors Freiherrn von Hügnen verurteilte den Krainatsoldaten Wilhelm Schreiber vom schlesischen Trainbataillon in Breslau wegen Verrats militärischer Geheimnisse, Unterschlagung und Diebstahls zu 2 Jahren 9 Monaten Zuchthaus, Entfernung aus dem Heere, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren und Polizeiaufsicht. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Auch die Urteilsbegründung war geheim.

Aus dem österreichischen Abgeordnetenhaus.

Wien, 5. März. Das Abgeordnetenhaus ist heute wieder zusammengetreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung ergriffen die Abgeordneten Kramerz und Stanek das Wort und gaben eine Darstellung der Ausgleichsverhandlungen. Der Präsident entzog beiden Rednern nach wiederholter Aufforderung einen Antrag zu stellen, das Wort unter dem Räum ihrer Parteigenossen. Auch dem nächsten Redner Baza (tschechisch-Modifkaler) wurde das Wort entzogen, wobei es zu großem Lärm und Klopfereien mit den Pultdecken bei den Tschechen kam. Der Präsident unterbrach darauf die Sitzung.

Gesetz gegen den Geburtenrückgang.

Paris, 5. März. Der Senat hat einen Antrag angenommen, der bezweckt, die Entvölkerung durch Maßnahmen zu bekämpfen, die zur Hebung der Geburtenziffer geeignet sind.

Russische Justiz in Finnland.

Petersburg, 5. März. Das Bezirksgericht hat den Bürgermeister von Wiborg, Zimmermann, und die Ratsmänner Godelhelm und Wnolinen, die des Widerstandes gegen das Gesetz betreffend die Gleichberechtigung der Russen in Finnland angeklagt waren, zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt und ihnen die Berechtigung zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 10 Jahren aberkannt. Wnolinen wurde dem Gericht vorgeführt und erklärte, auf keine Fragen antworten zu wollen, da die Angelegenheit nicht der Zuständigkeit der russischen Gerichte unterliege. Die anderen Angeklagten waren nicht erschienen. In einer ähnlichen Angelegenheit gegen den Wiborger Bürgermeister Ehrbom und dieselben Ratsmänner fällt das Gericht ein gleiches Urteil.

Auflösung des schwedischen Reichstages.

Stockholm, 5. März. In beiden Kammern des Reichstages wurde heute folgendes Schreiben des Königs Gustav verlesen: Da ich aus der Sorge für die Sicherheit des Reiches heraus, die meine Pfl. Pflicht ist, mich veranlaßt gesehen habe, dem Hause Gelegenheit zu geben, durch Neuwahlen zur Zweiten Kammer seine Ansicht über die Verteidigungsfrage auszuspochen, habe ich beschlossen, den Reichstag aufzulösen und im ganzen Reiche Neuwahlen zur Zweiten Kammer anzuordnen. Ich werde später die Zeit bestimmen, wenn der Reichstag aufs neue zusammenzutreten soll.

Stockholm, 5. März. Das Sotenca Telegramm Byron ist ermächtigt, das Staatsratsprotokoll vom Staatsrat am 3. März zu veröffentlichen, in dem Staats- und Kriegsminister Hammarström die Verteidigungsvorlage der Regierung begründete. Eine Hauptfrage sei die Winterausbildung. Deshalb werde eine zusammenhängende große Schule von 250 Tagen vorge schlagen, die in der letzten Woche des Oktober oder spätestens am 1. November zu beginnen hätte. Nach der Rekrutenschule soll vor der ersten Einberufung von 30 Tagen ein Zwischenraum von reichlich 2 Monaten folgen, während welcher Zeit die Wehrpflichtigen die es wünschten, im Dienst verbleiben könnten. In die Ausbildungszeit gehört auch eine zweite und dritte Wiederberufung von je 30 Tagen, sodas die ganze Ausbildungszeit 340 Tage umfasse. Den Subenten und den mit ihnen Gleichgestellten würden besonders große Forderungen betr. eine längere, doch höchstens 500 Tage umfassende Dienstzeit gestellt werden. Die Frage nach der Ausbildungszeit für die einzelnen Waffen werde in der Hauptsache in Uebereinstimmung mit der Vorlage der Verteidigungskommission festgelegt. Weiter würden Veranstaltungen zur Sicherung gewisser See- und Landbesetzungen gegenüber überraschenden Angriffen angeklündigt. Ein Jahrgang werde durch die Herabsetzung des wehrpflichtigen Alters um ein Jahr gewonnen. Der wesentlichste Teil der Flotte sei die Küstenflotte, die aus mindestens zwei Divisionen Panzerschiffen



**Pfannkuch & Co**  
 Unser vierter Waggon  
**Marmeladen**  
 Achten Sie bitte auf Qualität!

**Gemischte**  
 Pfund 30 Pfg.  
 5 Pfund 1.35  
 Eimer Mk. 1.35

**Pflaumen**  
 Pfund 34 Pfg.  
 5 Pfund 1.60  
 Eimer Mk. 1.60

**Mirabellen**  
 Pfund 45 Pfg.  
 5 Pfund 2.—  
 Eimer Mk. 2.—

**Erdbeer**  
 Pfund 55 Pfg.  
 5 Pfund 2.50  
 Eimer Mk. 2.50

**Aprikosen**  
 Pfund 50 Pfg.  
 2 Pfund 95 Pfg.  
 5 Pfund 2.25  
 Eimer Mk. 2.25

**Helvetia-Confituren**  
 in Dosen und Gläsern.  
 Neu eingeführt:  
 Rheinisches  
 Pfund 55 Pfg.  
 Dose

**Pfannkuch & Co**  
 G. m. b. H.  
 In den bekanntesten Verkaufsstellen

Fortwährend werden bei  
**J. Waldvogel**,  
 Durlacherstraße 55,  
 unterhalt. Herren- u. Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Weingut usw. zu Ausnahmepreisen verkauft. 7969

**Pfannkuch & Co**  
**10% Rabatt**  
 auf 7696  
**Gemüse- u. Früchte-Conserven**  
 Verlangen Sie in den Filialen unsere Preislisten.

**Pfannkuch & Co**  
 G. m. b. H.  
 In den bekanntesten Verkaufsstellen

**Nur noch kurze Zeit**  
 dauert unser

**Total-Ausverkauf**

**Schuhe u. Stiefel**  
 riesig billig

für Damen, Herren und Kinder  
 noch in grosser Auswahl

**H. Stern** am allen  
 Schuhhaus Hauptbahnhof  
 nur Kriegstr. 24. 7712

**Konfirmanden- und Kommunikanten-Anzüge**  
 in schwarz und blau

Preisliste: Mk. 9.50, 12.—, 15.50, 18.—, 21.—, 24.— u. höher

finden Sie in reichhaltiger, gutsortierter Auswahl bei streng festen, billigsten Preisen bei

**August Schindel jr., Durlach**  
 Hauptstraße 88  
 7584 NB. Beachten Sie gefl. Schaufenster und Preise.

**Konsumverein Durlach.**  
 Sonntag, den 8. März, nachmittags 2 Uhr findet im Gasthof zum „Ochsen“ in Grödingen

**Mitglieder-Versammlung**

Tagesordnung:  
 „Die gesellschaftliche Stellung der Konsumvereine und ihre soziale Bedeutung.“

Wir ersuchen unsere Mitglieder in Grödingen, zu dieser Versammlung vollständig zu erscheinen. Insbesondere erwarten wir, daß deren wertvolle Frauen ohne Ausnahme anwesend sein werden. 7715

Der Aufsichtsrat.  
 L. Deder.

**Achtung! Durlach. Achtung!**  
 Sonntag, den 8. März, nachmittags 3 Uhr, findet im „Lammstalle“ eine öffentliche

**Frauen-Versammlung**

Thema:  
 „Warum soll die Frau wirtschaftlich und politisch gleiche Rechte haben wie der Mann.“

Referentin: Frau Pauline Ludwig aus Reichenbach i. S.  
 Hierzu sind alle Frauen und Mädchen von Durlach, insbesondere die der werktätigen Bevölkerung, freundlichst eingeladen. 7704

Der Einberufer.

**Deutscher Arbeiter- stenographen- Bund**  
 System Krensch. — Mitgliedschaft Karlsruhe.  
 An den Unterrichtskursen, welche am 8. März, mittags 1 Uhr, im alten Schulhaus in Mürsch 10. März, abends 7/9 Uhr, in der „Friedrichsruhe“ in Rintheim 11. März, abends 7/9 Uhr, in der „Palme“, Leffingstraße ihren bestimmten Anfang nehmen, können noch Anmeldungen entgegengenommen werden, und laden wir die verehrliche Arbeiterschaft hierzu zu zahlreicher Beteiligung freundlichst ein. 7688

Kurs unentgeltlich, Lehrmittel 3 Mk.  
 Der Vorstand.

**Nordseefische**  
 eingetroffen:

kleine Schellfische Pfund 25 Pfg.  
 große Siedschellfische Pfund 35 Pfg.  
 Fischhotelette Pfund 30 Pfennig.  
 Stokfische 7702 per Pfund 23 Pfennig.

**Zuger und Filialen.**

Caféklavier, gut erhalten, wegen Platzmangel zu verkaufen. 7705  
 Durlach, Wilhelmstr. 5, Seitenbau 2. St.

Hofhand, scharf, wird zu Phil. Meule, Aue, Balbhornstraße 50, 1. Stod.

**Sied- u. Gemüse-Kartoffeln**  
 gute Sorten per Zentner M 3.— empfiehlt 7703

**Zuger und Filialen.**

1885  
**Männer-Gesangsverein**  
 Karlsruhe e. V.

Wir laden hiermit unsere verehrlichen Mitglieder zu der am 7. März ds. J., abends 9 Uhr, stattfindenden

**General-Versammlung**  
 ergebenst ein.

Tagesordnung:  
 1. Jahresbericht  
 2. Kassenbericht  
 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes  
 4. Anträge.

7431 Der Vorstand.

**K. F.-C. Phönix**  
 (Phönix-Alemannia) e. V.  
 Sportplatz links der Rheintalbahn entlang. Telefon 1838.  
**Freitag, den 6. März 1914 Monatsversammlung**  
 i. Löwenrachen. Beginn 7/9 Uhr.  
**Sonntag, den 8. März 1914**  
 auf unserem Platze  
 1 1/2 Uhr: V. Mannschaft gegen Beiertheimer F.-V. IV. Mannsch.  
 3 Uhr: II. Mannschaft gegen Beiertheimer F.-V. I. Mannsch.  
 Eintritt für alle Plätze 30 S.  
 In Mühlburg:  
 1 Uhr: A. H.-Mannschaft geg. Mühlburg A. H.-Mannschaft.  
 1/3 Uhr: I. Mannschaft gegen Mühlburg I. Mannsch., Ligaspiel.  
 In Beiertheim:  
 1 1/2 Uhr: IV. Mannschaft geg. Beiertheimer F.-V. III. Mannsch.  
 3 Uhr: III. Mannschaft gegen Beiertheimer F.-V. II. Mannsch.  
 VI. Mannschaft in Blankenloch.  
**Voranzeige:** 2002  
 Sonntag, den 15. März: F.-C. Freiburg gegen Phönix I auf unserem Platze (Ligaspiel).

**K.F.C. Frankopf**  
 e. V. 2004  
**Saustag den 7. März 1914 Spieler-Versammlung.**  
**Sonntag den 8. März 1914**  
 auf unserem Platze:  
 1/2 Uhr: F.-Ges. Ruppurr III gegen Frankonia IV.  
 3 Uhr: Pflichttraining Pokalmannschaft gegen I. Mannschaft.  
 3/4 Uhr: Pokalmannsch. gegen A.-H.-Mannschaft.  
**Voranzeige:**  
 14. März 1914: Pokalspiel gegen V. f. B.

**Verlobten**  
 empfehle mein großes Lager in kompletten  
**Wohnungseinrichtungen**  
 sowie einzelne  
**Holz- und Postermöbel**  
 bei sehr billiger Berechnung.  
 Weil kein Laden vorhanden  
**Extra-Rabatt**  
 Schreinerei, Möbellager  
**S. Kiefer, Durlach,**  
 Ortnerstr. 1. 7687

**Getragene u. neue Herren- und Damenkleider**  
 Weiszeug, Uhren, Möbel  
 kauft man am allerbilligsten und besten bei der altbekanntesten Firma 5918

**A. Maier,**  
 Markgrafenstraße Nr. 16.  
 Hochst. Bett mit prima Federb. (rot), 50, 40, 30, 25-A, 4 eif. Bettkissen mit aufger Matratzen à 12 Mk., Söhrant zum abschlagen 20 Mk., Badstühl 8 Mk. Ludwig-Wilhelmstr. 18, Hof.  
**Morgenstr. 22, 2. St.**  
 ein freundl. möbl. Zimmer sofort oder später zu vermieten.

**Pfannkuch & Co**  
 Ein direkter Waggon  
 zirka 90 000 Stück  
 spanische  
**Orangen**  
 Stück 4 u. 5  
 Ferner ein direkter Waggon 7698  
 italienische u. spanische  
**Blut-Orangen**  
 Stück 5, 7 u. 8  
 In den nächsten Tagen eintreffend:

**Jamaika-Bananen**  
 pro Pfund 35

**Pfannkuch & Co**  
 G. m. b. H.  
 In den bekanntesten Verkaufsstellen

**Glappwagen**, gut erhalten, mit Dach ist billig abzugeben.  
 Murgartenstr. 58, 8. St., r.

**Getragene Schuhe**, Herren-, Damen- u. Kinderschuhe, billig zu verkaufen.  
 Markgrafenstraße 7  
 L. Vermann. 7714

Habe noch **Juchthäfen** abzugeben. Morgenstr. 29.

**Durlach**, Gut erhält. Kinder- und Sitzwagen billig zu verk. Kisthofstr. 7, 8. St.

**Kinderwagen** nebst Sportwagen mit Dach billig zu verk. Weichenstr. 11, 1. St. l.

**Pfannkuch & Co**  
 Frisch eingetroffen:  
**Holländer Rotkraut**  
 pro Kopf 20 S

**Italiener Blumenkohl**  
 pro Kopf 15 und 17 S 7697

**Neue Malta-Kartoffeln**  
 3 Pfund 35 S  
 10 Pfund Mk. 1.10  
 In den nächsten Tagen frisch eintreffend:  
**Pariser Kopfsalat.**

**Pfannkuch & Co**  
 G. m. b. H.  
 In den bekanntesten Verkaufsstellen

# Die Ausstellung

sämtlicher Frühjahrs-Neuheiten  
habe ich auf Montag den 9. März ds. Js. festgesetzt.

Mit dieser Ausstellung veranstele ich in meinem ganzen  
Hause einen

# SONDER-VERKAUF

zu bedeutend ermässigten Preisen

heute Freitag ab

Ich mache darauf aufmerksam, daß bereits von  
zu diesen **Extra-Preisen** verkauft wird

## Damen-Putz

Modellhüte sowie Modell-Copien erstklassiger Modesalons sind ausgestellt.

Saison-Übergangshüte in reicher Auswahl, von einfachstem bis elegantestem Genre . . . 18.- 12.- 7<sup>75</sup> 4<sup>90</sup>

### Seiden-Stoffe

Seiden-Stoffe hochmoderne Karos . . . . .	2.75	2 <sup>25</sup>
Seiden-Stoffe, hochelegante, kleine Blumen-Muster . . . . .	2.90	2 <sup>50</sup>
Seidengoutré neuester Jacquardartikel . . . . .		2 <sup>25</sup>
Eolienne ca. 110 cm breit, neueste Farben . . . . .	4.75	2 <sup>25</sup>

### Mädchen-Konfektion

Mädchen-Paletots, blau, farbiger Besatz und Rücken-Garnitur . . . . .	6.20	an
Mädchen-Paletots, engl. Art und Stoffe, mit Rücken-Garnitur . . . . .	5.50	an
Kinder-Kleider, moderne Farben mit weissem Kragen . . . . .	6.50	an
Kinder-Kleider, aus reinwoll. Schotten, reich garniert . . . . .	13.25	an

### Knaben-Konfektion

Knaben-Anzüge, blau Cheviot, Prinz Heinrich-Façon . . . . .	3.75	an
Knaben-Anzüge, amerikanisches Façon, in eleganter Ausführung . . . . .	13.50	an
Knaben-Anzüge, engl. Art und Stoffe, Prinz Heinrich-Façon . . . . .	6.75	an
Knaben-Paletots englischer Art . . . . .	9.75	an



### Damen-Konfektion

Kostüme aus Sportloden, goldfarbig, marine, grün . . . . .	24 <sup>50</sup>
Kostüme englische Art, auf Halbseide, beste Arbeit, sehr preiswert . . . . .	32 <sup>00</sup>
Kostüme, blau Kammgarn, auf Halbseide . . . . .	28 <sup>50</sup>
Moirée-Jacken fesche Blusen-Form . . . . .	19 <sup>75</sup>
Sport-Jacken aus Cheviot grün, gold und marron . . . . .	11 <sup>25</sup>
Mantel, Gummitin, beste Qual. in blau, sport, grün, schwarz . . . . .	24 <sup>50</sup>
Kostüm-Rock, marine, Ia. Cheviot, mit Knöpfen und Stickerei . . . . .	6 <sup>75</sup>
Bluse, chice Form, gefüttert, aus Taffet, Mousseline, in allen Farben . . . . .	10 <sup>50</sup>
Bluse aus weiss Japon. Sportfaçon, sehr vorteilhaft . . . . .	9 <sup>50</sup>



### Kleider-Stoffe

Eleg. Croisé in allen modernen Farben, ca. 110 cm br. . . . .	2 <sup>25</sup>
Popeline mod. Kleiderware, ca. 110 cm breit . . . . .	2 <sup>40</sup>
Mohair eleg. Jacquard-Dessins, ca. 110 cm breit . . . . .	3 <sup>75</sup>
Kostüm-Stoffe neueste Dessins ca. 180 cm breit . . . . .	4.80 3 <sup>75</sup> 2 <sup>25</sup>

### Modewaren

Moirée-Taschen grosse Mode . . . . .	4.25	3 <sup>25</sup>
Tüll-Borden in schwarz . . . . . Meter	2.25 1.35	85 <sup>50</sup>
Tülle ca. 100 cm breit, viele Farben . . . . . Meter		95 <sup>50</sup>
Schweizer Mull-Kragen neueste Formen . . . . .	1.95 1.75	1 <sup>10</sup>

### Gardinen \* Teppiche

Erbstül-Stores moderne Applikation . . . . .	10.— 8.50 6.25	3 <sup>75</sup>
Leinen-Garnituren, neue Dessins 2 Flügel, 1 Querbehang . . . . .	12.— 9.—	7.50 3 <sup>90</sup>
Boden-Teppiche, Tapestry, Velour, bemust. Boudé ca. 135/200 cm ca. 170/285 cm ca. 200/300 cm		18 <sup>50</sup> 25.— 37 <sup>50</sup>

## Corsets

Posten I neueste Façon solide Qualität 3<sup>50</sup> Posten II Directoreform bester Schnitt 4<sup>25</sup> Posten III moderne Corsets vornehm ausgestattet 5<sup>75</sup>

Hochelegante Corsets diverse chice Pariser Original-Façons sowie hervorragende deutsche Marken vom billigsten bis feinsten Genre.

### Schürzen

Blusen-Schürzen mit moderner Applikation . . . . .	1.75 1.45	95 <sup>50</sup>
Zier-Schürzen mit Träger, neueste Dessins . . . . .	1.85 1.50	1 <sup>25</sup>
Weisse Zier-Schürzen, getupft. Mull- und eleg. Lochstickerei . . . . .	2.40 1.75	1 <sup>60</sup>
Weisse Kinder-Schürzen, kleidsame Formen . . . . .	2.25 1.75	1 <sup>35</sup>

Moden-Haus

# Landauer.